

Your Man in the Hague (in a Good Way). - Craig Murray

Craig
11.01.2024
36–43 Minuten

Ihr Mann in Den Haag (auf eine gute Art).

Ich habe am Donnerstag an der Anhörung der Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermordes vor dem Internationalen Gerichtshof teilgenommen. Ich konnte auf der Besuchertribüne sitzen und das gesamte Verfahren verfolgen. Allerdings wurde ich bei der Berichterstattung durch die Tatsache behindert, dass wir keine Stifte oder Bleistifte benutzen durften (obwohl wir Papier bekommen haben). Ich fragte den Sicherheitschef des IGH, warum auf der Besuchertribüne keine Stifte erlaubt seien. Er sagte mir ganz offen, dass man sie als Waffe benutzen könnte. Da ich meinen tödlichen Kugelschreiber nicht dabei hatte, ist dieser Bericht weniger detailliert, als ich es Ihnen gerne vermitteln möchte.

Ich war am frühen Mittwochmorgen des 10. Januar in Den Haag angekommen, nachdem ich aus Indonesien eingeflogen war. Dazu waren vier Flüge nötig, nach Singapur, Mailand, Kopenhagen und schließlich Schiphol. Den Mittwoch verbrachte ich mit einer verzweifelten Suche in den Wohltätigkeitsläden von Den Haag nach warmer Kleidung, da ich außer der alten Skijacke eines Freundes nur Strandkleidung dabei hatte. Ich rief zunächst beim IGH an, um mich über die Teilnahme an der Sitzung am Donnerstagmorgen zu informieren.

Eine junge Dame teilte mir mit, dass ich mich vor dem kleinen Bogentor in der Mauer anstellen müsse. Es würde um 6 Uhr morgens geöffnet, und die ersten 15 Besucher würden auf die Tribüne gelassen werden. Ich fragte, wo genau ich mich anstellen sollte. Sie sagte, sie bezweifle, dass das notwendig sei, es sei in Ordnung, am Donnerstag um 6 Uhr morgens zu kommen.

Da ich in einem Hotel wohne, das nur fünf Minuten zu Fuß entfernt ist, ging ich am Mittwochabend um 22 Uhr, als die Temperatur bereits -4°C betrug, nachsehen, ob sich eine Schlange gebildet hatte. Es war niemand da. Ich kehrte ins Hotel zurück, ging aber jede Stunde, um nachzusehen, ob sich eine Schlange gebildet hatte, der ich mich anschließen sollte. Um Mitternacht oder 1

Uhr war niemand da, aber um 2 Uhr saßen bereits 8 Personen in drei kleinen, sehr kalten Gruppen. Alle sahen extrem kalt aus, aber alle waren freundlich und gesprächig.

Die erste Gruppe, gleich neben dem Tor, bestand aus drei jungen Niederländerinnen, die auf einer Decke saßen und gut mit Flaschen mit heißem Kaffee und Schachteln mit Baklava versorgt waren. Die zweite Gruppe bestand aus drei jungen Studenten des internationalen Rechts, allesamt Araber, die schon an anderen Fällen teilgenommen hatten und sich hier auskannten. Die dritte Gruppe bestand aus zwei jungen Frauen, einer Niederländerin und einer Araberin, die auf einer Bank saßen und kalt und elend aussahen.

Wir kamen bald alle miteinander ins Gespräch, und es war klar, dass jeder von uns von der Unterstützung der Palästinenser in ihrem Kampf gegen die unerbittliche Besatzung motiviert war. Kurz darauf traf ein weiterer arabischer Herr ein, der älter und autoritär wirkte und, was nicht ganz richtig ist, in Schottland in Gordonstoun ausgebildet worden war. Ein hochgewachsener Tunesier ging ständig hin und her und telefonierte; er wirkte beschäftigt und etwas schüchtern.

Wir hatten alle ähnliche Informationen über die Anzahl der Personen, die aufgenommen werden sollten, erhalten, obwohl einigen 15, anderen 14 und wieder anderen 13 gesagt worden waren. Unsere Zahl blieb mehrere Stunden lang stabil bei 12. Dann, gegen 4.30 Uhr, fuhr ein Auto vor und Varsha Gandikota-Nellutla von Progressive International sprang heraus. Sie war als Platzhalterin für Jeremy Corbyn und Jean-Luc Melenchon gekommen. Andere Mitglieder ihrer Organisation trafen nach und nach ein. Als es auf 6 Uhr zuging, begann eine kleine Flut von Menschen einzutreffen, viele mit palästinensischen Fahnen und Keffiyehs.

Es war wirklich sehr kalt. Nach vier Stunden hatten meine Zehen nicht mehr geschmerzt, sondern waren gefühllos geworden, und meine Finger reagierten nicht mehr. Wie so oft wurde die Kälte ab 5 Uhr morgens immer unangenehmer. Melenchon und Corbyn waren um 5.30 Uhr eingetroffen, um ihre Plätze in der Schlange einzunehmen. Melenchon war wortgewandt wie immer, hellwach, freute sich, alle zu treffen, und hielt jedem, der zuhören wollte, einen Vortrag über Wirtschaft und die Organisation der Gesellschaft. Da mein Gehirn inzwischen eingefroren war, gehörte ich nicht dazu. Jeremy war ebenso typisch Jeremy, besorgt darüber, dass er niemandem die Position in der Warteschlange wegnehmen wollte.

Als dann auf der anderen Seite die Vorbereitungen zum Öffnen des Tores begannen, nahm die Sache eine unangenehme Wendung. Diejenigen von uns, die die ganze Nacht dort gewesen waren, kannten die Reihenfolge ihrer

Ankunft, aber wir wurden von Nachzüglern überrannt, die sich an uns vorbei und um uns herum drängten, um zum Tor zu gelangen. Ich musste mich durchsetzen und versuchen, die Schlange zu ordnen. Aktivisten in der Menge stellten dies in Frage und schlugen vor, dass das Kriterium für den Einlass nicht die Ankunftszeit sein sollte, sondern dass die Palästinenser die Plätze erhalten sollten.

Das Ganze wurde sehr bedrückend. Eine palästinensische Dame aus Schweden, die in der Warteschlange kurz hinter Platz 14 stand, war zutiefst verzweifelt über die Vorstellung, nicht eingelassen zu werden, und ein paar palästinensische Herren, die nach 6 Uhr morgens angekommen waren, begannen, sich entschlossen an der Warteschlange vorbeizudrängen. Ich hielt eine kleine Gegenrede, in der ich erklärte, dass wir alle hier seien, um den Palästinensern zu helfen, aber keiner von uns kenne die Geschichte des anderen, und die Frage, welchen Nutzen die Anwesenheit eines Menschen für die palästinensische Sache habe, sei genauso wichtig wie die Befriedigung individueller Gefühle der schrecklich Gekränkten.

Der schüchterne Tunesier wurde in der Warteschlange durch den ehemaligen tunesischen Präsidenten ersetzt, dessen Platz er eingenommen hatte - ein wirklich angenehmer und schüchterner Mann, aber das Timing war der Situation nicht zuträglich. Am Ende wurden wir in Fünfergruppen eingelassen und abgefertigt. Eine der holländischen Damen, die als allererste eingetroffen war, überließ ihren Platz einem Palästinenser. Ich ging mit meinem Ausweis Nummer 9 in der Hand zurück ins Hotel und nahm sofort ein heißes Bad. Die Schmerzen in meinen Zehen und Fingern, die aufgetaut waren, waren wirklich unangenehm.

Dann ging es um 9 Uhr wieder zurück ins Hotel, wo uns die Sicherheitskontrollen über Gebühr zu schaffen machten und uns die tödlichen Brieftaschen und Stifte abgenommen wurden. Dann wurden wir in die öffentliche Galerie geführt.



Der Friedenspalast wurde von Andrew Carnegie erbaut, dem außerordentlich moralisch komplexen Fifer, einem bösartigen und unglaublich erfolgreichen

kapitalistischen Monopolisten, der auch allen Kriegen ein Ende setzen und das Leben der Armen überall verbessern wollte. Sein märchenhaftes Erscheinungsbild mit dem närrischen Turm auf dem Turm täuscht über seine Stahl- und Betonkonstruktion hinweg, und im Inneren könnte es sich um ein beliebiges großes Rathaus in Schottland handeln, mit Majolika-Kacheln und soliden Armitage Shanks in den Toiletten. Außergewöhnlich ist, dass das Gebäude immer noch im Besitz der Carnegie-Stiftung ist und von ihr verwaltet wird.

Für ein Gebäude, das als Weltgericht gebaut wurde, scheint es seltsamerweise keinen Gerichtssaal zu enthalten. Die Große Kammer ist lediglich ein großer leerer Saal, der einen Seitenflügel des Gebäudes einnimmt. Ein vergleichsweise modernes, einfaches und sanft geschwungenes Podium wurde quer über die Länge des Saals eingefügt und beherbergte einen langen Tisch und siebzehn Stühle für die Richter, aber diese Struktur sah provisorisch aus, als würde sie entfernt und das Gebäude für Hochzeiten genutzt werden. Die Prozessparteien saßen auf einfachen Stapelstühlen, die im Hauptteil des Saals unter dem Podium angeordnet waren, was wiederum eher an eine Hochzeit als an ein Gericht erinnerte. Über den Richtern breitete sich ein mächtiges Glasfenster aus, von grellen Farben und eher zweifelhafter Qualität.

Ich habe über mein Vertrauen in den Internationalen Gerichtshof geschrieben, in seine Geschichte der unparteiischen Rechtsprechung und in sein System der Wahl durch die UN-Generalversammlung. Der IGH ist durch den Ruf seiner viel jüngeren Schwester, des Internationalen Strafgerichtshofs, zu Unrecht in Verruf geraten. Der IStGH wird zu Recht als Werkzeug des Westens verspottet, aber das trifft auf den IGH wirklich nicht zu. Allein zu Palästina hat er entschieden, dass die israelische "Mauer" im Westjordanland illegal ist und dass Israel kein Recht auf Selbstverteidigung in dem Gebiet hat, dessen Besatzungsmacht es ist. Es hat entschieden, dass das Vereinigte Königreich die Chagos-Inseln entkolonialisieren muss, ein Anliegen, das mir sehr am Herzen liegt.

Wir Gegner des Völkermordes hatten allen Grund, hoffnungsvoll nach Den Haag zu reisen.

Zusätzlich zu den üblichen fünfzehn Richtern des Gerichtshofs hatte jede der Streitparteien - Südafrika und Israel - von ihrem Recht Gebrauch gemacht, einen zusätzlichen Richter zu benennen. Nach dem Einzug der Richter in das Gericht begann das Verfahren mit der Vereidigung dieser beiden Richter auf Unparteilichkeit, was uns die erste israelische Lüge in dem Fall bescherte, bevor er überhaupt begonnen hatte.

Die Ernennung von Aharon Barak zum israelischen Richter am Internationalen Gerichtshof ist außergewöhnlich, wenn man bedenkt, dass er sich als Präsident des Obersten Gerichtshofs Israels geweigert hat, das Urteil des IGH über die Rechtswidrigkeit der Mauer umzusetzen, mit der Begründung, dass er die Fakten besser kenne als der IGH.

Barak hat eine sehr lange Geschichte, in der er alle Formen der Unterdrückung von Palästinensern durch die israelischen Verteidigungskräfte als legal für die "nationale Sicherheit" akzeptiert hat, und insbesondere hat er sich wiederholt geweigert, gegen das langjährige israelische Programm der Zerstörung palästinensischer Häuser als Kollektivstrafe zu entscheiden. Das lässt sich direkt auf die Zerstörung der zivilen Infrastruktur in Gaza übertragen.

Barak gilt in Israel als "Liberaler" im verfassungsrechtlichen Kampf zwischen Judikative und Exekutive. Dabei geht es jedoch um die Möglichkeit, dass Netanjahus Korruption unangefochten bleibt, nicht um die Rechte der Palästinenser. Mit der Ernennung seines offensichtlichen Gegners Barak in den IGH hat Netanjahu seine typische Gerissenheit gezeigt. Wenn Barak gegen Israel entscheidet, kann Netanjahu behaupten, seine innenpolitischen Gegner seien Verräter an der nationalen Sicherheit. Entscheidet Barak zu Gunsten Israels, kann Netanjahu behaupten, israelische Liberale würden die Zerstörung des Gazastreifens unterstützen.

Ich gehe davon aus, dass wir die letztere Behauptung sehen werden.

Ich saß auf der Besuchertribüne und habe die siebzehn Richter während der gesamten Verhandlung beobachtet. Es ist viel darüber geschrieben worden, wer in welche Richtung springen wird. Man geht allzu leicht davon aus, dass sie sich von ihren jeweiligen Regierungen beeinflussen lassen werden. Das variiert von Richter zu Richter.

Die Vorsitzende des Gerichts, Joan Donoghue, ist eine Schreiberin des US-Außenministeriums und der Clintons, die noch nie in ihrem Leben eine originelle Idee hatte, und ich wäre erstaunt, wenn sie jetzt damit anfangen würde. Ich hatte halb erwartet, dass man ihre Saiten sehen könnte, die aus Löchern in der prächtigen, mit tiefen Reliefs getäfelten Holzdecke des Saals hervortreten. Aber andere sind noch rätselhafter.

Keine nationale Elite hat sich so sehr gegen die Palästinenser gewehrt wie die deutsche. Anstatt ererbte Schuldgefühle in den Widerstand gegen Völkermord im Allgemeinen zu kanalisieren, scheinen sie zu dem Schluss gekommen zu sein, dass sie alternative Völkermorde fördern müssen, um Wiedergutmachung zu leisten. Hinzu kommt, dass dem deutschen Richter am IGH, Nolte, kein liberaler Ruf vorausseilt. Aber Freunde in München sagen mir, dass Nolte ein besonderes Interesse am Recht der bewaffneten Konflikte hat und auf

intellektuelle Strenge achtet. Sie sind der Meinung, dass sein berufliches Selbstwertgefühl ausschlaggebend sein wird, und das ist nur eine Seite der Medaille, wenn man bedenkt, was die israelischen Streitkräfte der Zivilbevölkerung in Gaza so unverhohlen angetan haben.

Andererseits gibt es einen ugandischen Richter am IGH, von dem man annehmen könnte, dass er sich auf die Seite Südafrikas stellen würde. Aber Uganda hat sich aus Gründen, die ich ehrlich gesagt nicht nachvollziehen kann, den Vereinigten Staaten und Israel angeschlossen und sich gegen die Mitgliedschaft Palästinas im Internationalen Strafgerichtshof ausgesprochen, mit der Begründung, dass Palästina kein echter Staat ist. In ähnlicher Weise könnte man von Indien erwarten, dass es Südafrika als wichtiges BRICS-Mitglied unterstützt. Aber auch Indien hat eine hindunationalistische Regierung, die zu abscheulicher Islamophobie neigt. Ich habe keine Belege für Richter Bhandaris innenpolitisches Verhalten in Bezug auf interkommunale Fragen gefunden.

Aber mir wurde gesagt, dass sich die UN-Generalversammlung in diesem Fall, der jetzt vor dem Weltgerichtshof verhandelt wird, möglicherweise selbst ins Bein geschossen hat, als sie einen bestimmten britischen Richter durch einen indischen Richter ersetzte, eine Wahl, die damals als Triumph der Entwicklungsländer in der UNO angesehen wurde. Ich will damit sagen, dass diese Fragen sehr kompliziert sind, und ein Großteil der Analysen, die ich gesehen habe, auch von einigen geschätzten Kollegen, war vereinfachtes Kleinholz.





Der Große Sitzungssaal ist nicht nur nicht als Gerichtssaal eingerichtet, auch die öffentliche Galerie ist für einen Weltgerichtshof winzig. Sie zieht sich an einer Seite des Saals entlang, ist hoch genug, um Sie zu töten, wenn Sie über den Rand des Balkons fallen würden, und hat nur zwei Sitzplätze. Außerdem sind die eingebauten Theatersitze hundert Jahre alt und fast zusammengebrochen. Der Hintern ist acht Zentimeter vom Boden entfernt, und die Sitze neigen sich, so dass die Oberschenkel vier Zentimeter vom Boden entfernt sind und die ganze Vorrichtung einen nach vorne und über die Kante wirft. Anstatt die Sitze zu reparieren, hat die Carnegie-Stiftung ein starkes Kabel von Wand zu Wand über dem Balkongeländer befestigt, das wie ein zweites Geländer wirkt und einen zusätzlichen Schutz von fünf Zentimetern bietet.

Da ein Drittel der Zuschauertribüne abgeschirmt ist, um die audiovisuelle Projektion und die Webcasting-Anlage unterzubringen, gab es auf der Zuschauertribüne nur 24 freie Plätze. Davon waren 14 für die Warteschlange und die restlichen für Vertreter wichtiger NRO und UN-Organisationen wie

Human Rights Watch und der Weltgesundheitsorganisation bestimmt. Sie durften Stifte mitnehmen, da man sie offensichtlich für respektabel genug hielt, um niemanden damit umzubringen. Es kann sein, dass ich irgendwann einmal einen Stift von einem von ihnen erworben habe, natürlich nur, um ihnen zu helfen. Vielleicht aber auch nicht - es ist sehr schwierig zu wissen, was heutzutage als Terrorismus gilt.

Südafrika eröffnete die Sitzung mit Erklärungen seines Botschafters und seines Justizministers Ronald Lamola, und sie begannen mit einem Paukenschlag. Ich hatte eigentlich erwartet, dass Südafrika mit einer Lobhudelei darüber beginnen würde, wie sehr es die Hamas verurteilt und mit Israel wegen des 7. Oktober sympathisiert, aber nein. Innerhalb der ersten dreißig Sekunden hatte Südafrika sowohl das Wort "Nakba" als auch den Ausdruck "Apartheidstaat" gegen Israel ins Spiel gebracht. Wir mussten uns an unseren kollabierenden Sitzen festhalten. Das würde etwas werden.

Justizminister Lamola brachte den ersten denkwürdigen Satz des Prozesses vor. Die Palästinenser hätten "75 Jahre Apartheid, 56 Jahre Besatzung, 13 Jahre Blockade" erlitten. Das war sehr gut gemacht. Vor der Übergabe an das Anwaltsteam formulierten die "Agenten" des südafrikanischen Staates im Sinne des Statuts des Gerichtshofs das Argument. Diese Ungerechtigkeit und die Geschichte selbst haben nicht am 7. Oktober begonnen.

Es gab noch einen zweiten wichtigen Punkt bei der Formulierung. Südafrika betonte, dass in diesem Stadium nicht bewiesen werden müsse, dass Israel einen Völkermord begehe, damit dem Antrag auf "vorläufige Maßnahmen" stattgegeben werden könne. Es müsse lediglich nachgewiesen werden, dass die Handlungen Israels prima facie als Völkermord im Sinne der Völkermordkonvention einzustufen seien.

Das Anwaltsteam begann dann mit Dr. Adila Hassim. Sie erläuterte, dass Israel gegen Artikel II a), b), c) und d) der Völkermordkonvention verstoßen hat.

Article II

In the present Convention, genocide means any of the following acts committed with intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group, as such:

- (a) Killing members of the group;
- (b) Causing serious bodily or mental harm to members of the group;
- (c) Deliberately inflicting on the group conditions of life calculated to bring about its physical destruction in whole or in part;
- (d) Imposing measures intended to prevent births within the group;
- (e) Forcibly transferring children of the group to another group.

Zu a), der Tötung von Palästinensern, nannte sie die einfachen Fakten ohne Beschönigung. 23.200 Palästinenser wurden getötet, 70 % von ihnen Frauen und Kinder. Über 7.000 wurden vermisst und vermutlich unter den Trümmern begraben. Über 200 Mal hatte Israel 2.000-Pfund-Bomben auf die Wohngebiete im südlichen Gazastreifen abgeworfen, in die die Palästinenser evakuiert werden sollten.

60.000 Menschen wurden schwer verwundet. 355.000 Häuser waren beschädigt oder zerstört worden. Es war ein umfangreiches Verhaltensmuster zu beobachten, das auf eine völkermörderische Absicht hinwies.

Dr. Hassim war auffallend ruhig und besonnen in ihren Worten und Ausführungen. Doch gelegentlich, wenn sie die Gräueltaten, insbesondere an Kindern, schilderte, zitterte ihre Stimme ein wenig vor Rührung. Die Richter, die im Allgemeinen sehr unruhig waren (dazu später mehr), sahen auf und hörten ihr genauer zu.

Der nächste Anwalt, Tembeka Ngcukaitobi (heute sprach nur Südafrika), befasste sich mit der Frage des Vorsatzes zum Völkermord. Er hatte vielleicht die leichteste Aufgabe, denn er konnte von zahlreichen Fällen berichten, in denen ranghohe israelische Minister, Beamte und Militäroffiziere die Palästinenser als "Tiere" bezeichneten und ihre vollständige Zerstörung sowie die des Gazastreifens selbst forderten, wobei er betonte, dass es keine unschuldigen palästinensischen Zivilisten gebe.

Was Ngcukaitobi besonders gut gelungen ist, ist die effektive Weitergabe dieser völkermörderischen Ideen von hochrangigen Regierungsvertretern an die Truppen vor Ort, die dieselben Phrasen und völkermörderischen Ideen zitierten, als sie sich dabei filmten, wie sie Gräueltaten begegneten und rechtfertigten. Er betont, dass die israelische Regierung ihre Verpflichtung

ignoriert hat, die Aufstachelung zum Völkermord sowohl in der offiziellen als auch in der populären Kultur zu verhindern und dagegen vorzugehen.

Er konzentrierte sich insbesondere auf Netanjahus Beschwörung des Schicksals von Amalek und die nachweislichen Auswirkungen dieses Vorgehens auf die Meinungen und Handlungen israelischer Soldaten. Die israelischen Minister könnten die völkermörderische Absicht ihrer deutlichen Worte nicht mehr leugnen. Wenn sie es nicht so gemeint hätten, hätten sie es nicht sagen dürfen.

Der ehrwürdige und angesehene Professor John Dugard, der in seinem leuchtend scharlachroten Talar eine auffallende Erscheinung war, ging dann auf Fragen der Zuständigkeit des Gerichts und des Status Südafrikas bei der Klageerhebung ein - es ist wahrscheinlich, dass Israel sich stark auf technische Argumente stützen wird, um den Richtern einen Ausweg zu bieten. Dugard wies auf die Verpflichtungen aller Vertragsparteien gemäß der Völkermordkonvention hin, Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord zu ergreifen, sowie auf das Urteil des Gerichtshofs.

Dugard zitierte Artikel VIII der Völkermordkonvention und verlas den gesamten Absatz 431 des Urteils des Gerichtshofs in der Rechtssache Bosnien gegen Serbien,

Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord erst dann entsteht, wenn die Begehung des Völkermordes beginnt; das wäre absurd, da der Sinn der Verpflichtung darin besteht, das Auftreten der Tat zu verhindern oder zu versuchen, sie zu verhindern. Die Verpflichtung eines Staates zur Verhinderung und die entsprechende Pflicht zum Handeln entstehen in dem Moment, in dem der Staat von der Existenz einer ernsthaften Gefahr eines Völkermordes erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen. Von diesem Zeitpunkt an ist der Staat, wenn ihm Mittel zur Verfügung stehen, die geeignet sind, eine abschreckende Wirkung auf diejenigen auszuüben, die der Vorbereitung eines Völkermordes verdächtigt werden oder bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie eine besondere Absicht hegen (dolus specialis), verpflichtet, von diesen Mitteln so weit Gebrauch zu machen, wie es die Umstände erlauben.

Ich muss gestehen, dass ich sehr erfreut war. Dugards Argumentation war genau dieselbe, und er zitierte genau dieselben Passagen und Absätze wie [mein Artikel](#) vom 7. Dezember, in dem er erklärte, warum die Völkermordkonvention geltend gemacht werden sollte.

Den Richtern gefielen Dugards Argumente besonders gut, sie wühlten begeistert in den Dokumenten und unterstrichen die Dinge. Der Umgang mit

Tausenden von toten Kindern war für sie ein bisschen schwierig, aber wenn man ihnen ein gutes Argument für die Rechtsprechung gab, waren sie in ihrem Element.

Als Nächstes war Professor Max du Plessis an der Reihe, dessen besonders direkte Art und schlichte Sprache eine neue Energie in das Verfahren brachte. Er sagte, dass die Palästinenser das Gericht aufforderten, das grundlegendste ihrer Rechte zu schützen - das Recht, zu existieren.

Die Palästinenser hätten 50 Jahre lang unter Unterdrückung gelitten, und Israel habe sich jahrzehntelang als über dem Recht stehend betrachtet und sowohl Urteile des IGH als auch Resolutionen des Sicherheitsrats ignoriert. Dieser Kontext ist wichtig. Palästinensische Einzelpersonen haben ein Recht auf Existenz, das als Mitglieder einer Gruppe im Sinne der Völkermordkonvention geschützt ist.

Die Klage Südafrikas beruhte auf der Achtung des Völkerrechts und war rechtlich und faktisch begründet. Südafrika hatte beschlossen, dem Gericht keine Videos und Fotos von Gräueltaten zu zeigen, von denen es viele Tausende gab. Ihr Fall beruhte auf Recht und Fakten, sie hatten es nicht nötig, Schock und Emotionen zu erzeugen und das Gericht in ein Theater zu verwandeln.

Dies war ein geschickter Schachzug von Du Plessis. Die Anhörungen waren ursprünglich für zwei Stunden pro Seite angesetzt. Den Südafrikanern wurde erst sehr spät mitgeteilt, dass die Dauer auf drei Stunden erhöht wurde, weil die Israelis darauf bestanden, ihr einstündiges Video der Gräueltat vom 7. Oktober zu zeigen. Die Leitlinien des Gerichts spiegeln jedoch den seit langem bestehenden Widerstand gegen diese Art von Material wider, das "sparsam" verwendet werden muss. Wenn 23.000 Menschen tot sind, hat es keinen intellektuellen Wert, die Leichen zu zeigen, und dasselbe gilt für die 1.000 Toten vom 7. Oktober.

Du Plessis kam zu dem Schluss, dass die Zerstörung der für das menschliche Leben wichtigen Infrastruktur Palästinas, die Vertreibung von 85 % der Einwohner in immer kleinere Gebiete, in denen sie weiterhin bombardiert wurden, eindeutige Beispiele für völkermörderische Absichten sind.

Doch der Höhepunkt des gesamten Vormittags war zweifellos der erstaunliche Vortrag der irischen KC Blinne Ni Ghràlaigh. Ihre Aufgabe war es, aufzuzeigen, dass irreparabler Schaden entstehen würde, wenn der Gerichtshof keine "vorläufigen Maßnahmen" anordnet.

Es gibt Zeiten, in denen ein Schriftsteller seine Niederlage eingestehen muss. Ich kann Ihnen nicht angemessen vermitteln, welchen Eindruck sie in diesem

Gerichtssaal hinterlassen hat. Wie der Rest des Teams verzichtete sie auf Grausamkeitspornos und legte die einfachen Fakten klar und elegant dar. Sie wandte den vom gesamten südafrikanischen Team angewandten Trick an, sich nicht selbst emotional auszudrücken, sondern ausführlich die sehr emotionalen Äußerungen von hochrangigen UN-Beamten zu zitieren. Ihre Auflistung der täglichen Todesfälle nach Art der Opfer war niederschmetternd.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, ihr zuzuhören. "Jeden Tag werden über zehn Palästinensern ein oder mehrere Gliedmaßen amputiert, viele davon ohne Betäubung ..."

Ich sollte jetzt mehr über das Gericht schreiben. Die südafrikanische Delegation saß neben ihren Anwälten auf der rechten Seite des Gerichts, die israelische Delegation auf der linken Seite, jeweils etwa 40 Personen. Die Südafrikaner waren bunt gekleidet mit Schals mit der südafrikanischen Flagge und Keffiyehs, die über die Schultern drapiert waren. Es gab eine Mischung aus Südafrikanern und Palästinensern, unter denen der stellvertretende Außenminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, Amaar Hijazi, hervorstach, was mich sehr freute.

Die südafrikanische Delegation war beschwingt und unterstützte sich gegenseitig, mit viel einladender Körpersprache und vergleichsweise lebhaft. Die israelische Delegation war das Gegenteil von lebhaft. Sie wirkte streng und verächtlich - es war, als ob die Mitglieder alle die Anweisung hätten, mit ihrer Arbeit fortzufahren und das Verfahren überhaupt nicht zu bemerken. Sie waren im Allgemeinen jugendlich, und ich denke, dass "übermütig" eine angemessene Beschreibung wäre. Als Blinne sprach, schienen sie besonders darauf bedacht zu sein, dass jeder sehen konnte, dass sie nicht zuhörten.

Die Körpersprache lässt nicht vermuten, dass Israel angeklagt ist. Tatsächlich waren die einzigen Personen im Gerichtssaal, die sich besonders fragwürdig und schuldbewusst verhielten, die Richter. Sie sahen absolut so aus, als ob sie wirklich nicht dort sein wollten. Sie schienen sich zutiefst unwohl zu fühlen, zappelten und fummelten viel mit Papieren herum und sahen den Anwälten nur selten direkt in die Augen.

Mir kam der Gedanke, dass die Leute, die wirklich nicht im Gerichtssaal sein wollten, die Richter waren, denn in Wirklichkeit stehen die Richter und das Gericht selbst vor Gericht. Die Tatsache des Völkermordes ist unbestreitbar und wurde klar dargelegt. Aber einige der Richter versuchen verzweifelt, einen Weg zu finden, um es den USA und Israel recht zu machen, und vermeiden es, dem aktuellen zionistischen Narrativ zu widersprechen, dessen Annahme notwendig ist, um die Füße bequem unter den Tisch der Elite zu bekommen.

Was zählt für sie mehr, persönliche Bequemlichkeit, das Drängen der NATO, zukünftige reiche Pfründe? Sind sie bereit, für diese Dinge jede echte Vorstellung von internationalem Recht aufzugeben?

Das ist die eigentliche Frage, die sich dem Gericht stellt. Der Internationale Gerichtshof ist auf dem Prüfstand.

Während des Vortrags von Blinne interessierte sich der Präsident des Gerichtshofs plötzlich intensiv für ihr auffallend rotes iPad, die Farbe eines besonders leuchtenden Nagellacks. Das kam während der Anhörung mehrmals vor, und ich konnte diese iPad-Auftritte nie mit dem in Verbindung bringen, was gerade besprochen worden war - es war ja nicht so, dass gerade Fälle oder Dokumente zum Nachschlagen zitiert worden wären, zum Beispiel.

Der letzte Redner für das südafrikanische Anwaltsteam war Vaughn Lowe, und er hatte die heikle Aufgabe, Israels Verteidigung zu entgegnen, die sie vor dem Gericht geheim gehalten haben, bis sie vorgetragen wird. Argumente zu widerlegen, die man noch nicht gesehen hat, ist ein heikles Unterfangen, und für mich war dies die juristische Glanzleistung des gesamten Vormittags. Die Leistung von Vaughn Lowe war herausragend.

Er begann damit, dass er behauptete, Südafrika sei klageberechtigt, und wiederholte Durands Ausführungen über die Pflicht der Staaten zur Verhinderung von Völkermord gemäß der Völkermordkonvention. Er sagte, es gebe einen Streit im Sinne der Konvention darüber, ob ein Völkermord stattgefunden habe oder nicht. Südafrika hatte diesen Streit in einer Reihe von diplomatischen Verbalnoten an die israelische Regierung formuliert, die nicht zufriedenstellend beantwortet wurden.

Lowe sagte, es sei anerkannt, dass eine Reihe einzelner Vorfälle vom Internationalen Strafgerichtshof als Kriegsverbrechen untersucht würden, aber die Existenz anderer Verbrechen schließe nicht aus, dass sie Teil eines umfassenderen Völkermordes seien. Völkermord sei ein Verbrechen, das naturgemäß mit anderen Kriegsverbrechen einhergehe, die zur Förderung des Völkermordes begangen würden.

Schließlich sagte Lowe, dass Völkermord niemals gerechtfertigt ist. Er ist absolut, ein Verbrechen an sich. Unabhängig davon, wie entsetzlich die von der Hamas an Israel oder israelischen Bürgern begangenen Gräueltaten seien, sei eine völkermörderische Reaktion nicht angemessen und könne es auch niemals sein.

Vaughn Lowe erklärte, dass Südafrika um Maßnahmen gegen Israel und nicht gegen die Hamas gebeten habe, weil die Hamas kein Staat sei und somit nicht der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliege. Die Tatsache, dass der

Gerichtshof nicht gegen die Hamas vorgehen könne, dürfe ihn jedoch nicht daran hindern, gegen Israel vorzugehen, um die derzeitige dringende Gefahr eines Völkermords zu verhindern. Der Gerichtshof darf sich auch nicht von israelischen Angeboten zur freiwilligen Zurückhaltung beeinflussen lassen. Das Versäumnis Israels, jegliches Fehlverhalten beim "Zermahlen des Gazastreifens" einzugestehen, zeige, dass man sich nicht auf Zusicherungen Israels verlassen könne, sein Verhalten zu ändern, da es der Meinung sei, es habe nichts Falsches getan.

Die Sitzung endete damit, dass der südafrikanische Botschafter die vorläufigen Maßnahmen wiederholte, die Südafrika nun vom Gericht auferlegt haben möchte. Diese sind:

- (1) Der Staat Israel muss seine Militäroperationen in und gegen den Gazastreifen sofort einstellen.
- (2) Der Staat Israel stellt sicher, dass alle militärischen oder irregulären bewaffneten Einheiten, die von ihm geleitet, unterstützt oder beeinflusst werden, sowie alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen, keine Schritte unternehmen, die die in Punkt (1) genannten militärischen Operationen fördern.
- (3) Die Republik Südafrika und der Staat Israel ergreifen in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen, um Völkermord zu verhindern.
- (4) Der Staat Israel unterlässt in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk als einer durch die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes geschützten Gruppe alle Handlungen, die in den Anwendungsbereich von Artikel II der Konvention fallen, insbesondere:
 - (a) die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
 - (b) die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden bei den Mitgliedern der Gruppe;
 - (c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung herbeiführen sollen, und
 - (d) die Verhängung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern.
- (5) Der Staat Israel unterlässt gemäß Absatz 4 Buchstabe c in Bezug auf Palästinenser alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, einschließlich der Aufhebung einschlägiger Anordnungen, Beschränkungen und/oder Verbote, um

Folgendes zu verhindern

- (a) die Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus ihren Häusern;
- (b) den Entzug von:
 - (i) Zugang zu angemessener Nahrung und Wasser;
 - (ii) den Zugang zu humanitärer Hilfe, einschließlich des Zugangs zu angemessenem Brennstoff, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen
 - (iii) medizinischer Versorgung und Hilfe; und
- (c) die Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza.

(6) Der Staat Israel stellt in Bezug auf Palästinenser sicher, dass sein Militär sowie alle irregulären bewaffneten Einheiten oder Einzelpersonen, die von ihm geleitet, unterstützt oder anderweitig beeinflusst werden, und alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen, keine der in den Absätzen (4) und (5) beschriebenen Handlungen begehen, oder sich an der direkten und öffentlichen Aufforderung zur Begehung von Völkermord, an der Verschwörung zur Begehung von Völkermord, am Versuch der Begehung von Völkermord oder an der Komplizenschaft bei Völkermord beteiligen und, soweit sie sich daran beteiligen, Schritte zu ihrer Bestrafung gemäß den Artikeln I, II, III und IV der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes unternommen werden.

(7) Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Erhaltung von Beweismaterial zu gewährleisten, das sich auf Anschuldigungen von Handlungen bezieht, die in den Anwendungsbereich von Artikel II des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes fallen; zu diesem Zweck wird der Staat Israel nichts unternehmen, um Untersuchungsmissionen, internationalen Mandaten und anderen Gremien den Zugang zum Gazastreifen zu verweigern oder anderweitig einzuschränken, um bei der Sicherstellung der Erhaltung und Aufbewahrung des genannten Beweismaterials zu helfen.

(8) Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb einer Woche ab dem Datum dieses Beschlusses und danach in regelmäßigen Abständen, die der Gerichtshof anordnet, einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die zur Durchführung dieses Beschlusses ergriffen wurden, bis der Gerichtshof eine endgültige Entscheidung in der Sache trifft.

(9) Der Staat Israel hat sich jeder Handlung zu enthalten und dafür zu sorgen, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, die den Rechtsstreit vor dem Gerichtshof verschlimmern oder ausweiten oder seine Beilegung erschweren könnten.

Damit haben wir das Argument geschlossen. Als nächstes antwortet Israel.

Verzeihen Sie mir, wenn ich darauf hinweise, dass diese Berichterstattung ausschließlich von Ihren freiwilligen Beiträgen abhängt, die diesen Blog am Laufen halten. Dieser Beitrag kann von jedermann frei reproduziert oder neu veröffentlicht werden, auch in Übersetzung. Sie können ihn aber auch gerne ohne Abonnement lesen.

Im Gegensatz zu unseren Gegnern, wie der Integrity Initiative, der 77th Brigade, Bellingcat, dem Atlantic Council und Hunderten von anderen kriegstreiberischen Propagandaorganisationen, wird dieser Blog in keiner Weise von Staaten, Unternehmen oder Institutionen finanziert. Er wird ausschließlich durch freiwillige Abonnements seiner Leser betrieben, von denen viele nicht unbedingt mit jedem Artikel einverstanden sind, aber die alternative Stimme, die Insiderinformationen und die Debatte begrüßen.

Abonnements zur Aufrechterhaltung dieses Blogs werden [dankbar angenommen](#).

Wählen Sie die Höhe des Abonnements aus der Dropdown-Box:

PayPal-Adresse für einmalige Spenden: craigmurray1710@btinternet.com

Alternativ auch per Banküberweisung oder Dauerauftrag:

Name des Kontos

MURRAY CJ

Kontonummer 3 2 1 5 0 9 6 2

Bankleitzahl 6 0 - 4 0 - 0 5

IBAN GB98NWBK60400532150962

BIC NWBKGB2L

Bankanschrift Natwest, PO Box 414, 38 Strand, London, WC2H 5JB

Bitcoin: bc1q3sdm60rshynxtvfnkhhqjn83vk3e3nyw78cjx9

Ethereum/ERC-20: 0x764a6054783e86C321Cb8208442477d24834861a

Erlaubtes HTML - Sie können verwenden: ` <abbr title=""> <acronym title=""> <blockquote cite=""> <cite> <code> <del datetime=""> <i> <q cite=""> <s> <strike> `

(Übersetzung mit DeepL)

+++

Your Man in the Hague (in a Good Way). - Craig Murray

craig

28–36 Minuten

I attended the hearing on Thursday of South Africa's case against Israel for genocide at the International Court of Justice. I was able to sit in the public gallery and watch all the proceedings. I was, however, handicapped in reporting by the fact that we were not allowed pens or pencils (though we were allowed paper). I asked the Head of Security at the ICJ why pens were not allowed in the public gallery. He told me, with a perfectly straight face, that they could be used as a weapon. So bereft of my deadly ballpoint, this account is less detailed and more impressionistic than I would wish to give you.

I had arrived at the Hague early Wednesday morning on 10 January, having flown in from Indonesia. This had involved four flights, to Singapore, Milan, Copenhagen and finally Schiphol. Wednesday was spent in a frantic search of the charity shops of the Hague for warm clothing, as I had only beach clothes with me apart from a friends' old ski jacket. I called first at the ICJ to get information on how to attend Thursday morning's session.

A young lady informed me that I had to queue outside the small arched gate in the wall. It would open at 6am and the first 15 members of the public would be admitted to the gallery. I asked where I should queue exactly. She said she doubted it was necessary, it should be fine to arrive at 6am on Thursday.

I am staying in a hotel just five minutes' walk away, so at 10pm on Wednesday evening, with the temperature already at -4°C, I went to check if a queue had formed. Nobody was there. I returned to the hotel, but every hour went to check for a queue I should join. Nobody was there at midnight or 1am, but at 2am there were already 8 people, sat around in three very cold little groups. Everybody looked extremely cold, but everybody was friendly and talkative.

The first group, right next to the gate, consisted of three young Dutch women, who sat on a blanket and were well provided with flasks of hot coffee and boxes of baklava. The second group were three young students of international

law, all of them Arabs, who had attended other cases and knew the ropes here. The third group were two young women, one Dutch and one Arab, sitting on a bench, looking cold and miserable.

We were soon all talking together and it was plain that every one of us was motivated by support for the Palestinians in their struggle against the relentless occupation. Shortly afterwards, another Arab gentleman arrived, older and authoritative, who rather incongruously had been schooled in Scotland at Gordonstoun. A tall Tunisian man kept walking back and forth making phone calls; he appeared pre-occupied and rather shy.

We had all been given similar information about the number of people who would be admitted, though some had been told 15, some 14 and some 13. Our numbers were stable at 12 for several hours. Then about 4.30am a car drew up and out jumped Varsha Gandikota-Nellutla of Progressive International. She had come as a place-keeper for Jeremy Corbyn and Jean-Luc Melenchon. Others of her organisation arrived bit by bit. Then as 6am approached, there started a small flood of people arriving, many with Palestinian flags and wearing keffiyehs.

It really was seriously cold. After four hours my toes had gone from very painful to having no feeling, and my fingers were becoming unresponsive. As so often, from 5am the cold grew more and more invasive. Melenchon and Corbyn had arrived at 5.30am to take their places in the queue, Melenchon as voluble as ever, wide awake, delighted to meet everybody, and lecturing on economics and the organisation of society to anybody who would listen. As my brain had by now frozen, that did not really include me. Jeremy was equally typically Jeremy, concerned that he did not want to take anybody's position in the queue.

Then as preparations to open the gate began on the other side, things took an unpleasant turn. Those of us who had been there all night knew our order of arrival, but we began to be swamped by latecomers pushing past and around us to get to the gate. I had to be assertive and try to marshal the queue. Activists in the crowd challenged this, suggesting that the criterion for entry should not be time of arrival, but that Palestinians should be given the places.

It all became distressing. One Palestinian lady from Sweden who was just behind 14th in the queue became deeply distressed at the idea of not being admitted, and a couple of Palestinian gentlemen who had arrived after 6am started to determinedly push past the queue. I made a little counter speech explaining that we were all here to help the Palestinians, but none of us knew each other's stories, and the question of what use someone's attendance would

be to the Palestinian cause was as important as gratifying individual feelings of the terribly aggrieved.

The diffident Tunisian was replaced in the queue by the former Tunisian President whose place he had been keeping – a really pleasant and diffident man, but the timing did not help the situation. In the end we were admitted in groups of five and processed. One of the Dutch ladies who had been the very first to arrive gave up her place to a Palestinian. I left clutching my pass, number 9, and returned to the hotel and straight into a hot bath. The pain from my toes and fingers as they thawed was really unpleasant.

Then it was quickly back for 9am and a lot of excessive security hassle and removal of deadly wallets and pens. Then we were escorted into the public gallery.



The Palace of Peace was built by Andrew Carnegie, the extraordinarily morally complex Fifer, a vicious and incredibly successful capitalist monopolist who also wished to end all war and to improve the lives of the poor everywhere. Its fairytale appearance, with its folly of a tower perched on a tower, belies its steel frame and concrete construction, and inside it could be any grand City Chambers in Scotland, with majolica tiling and solid Armitage Shanks in the toilets. Extraordinarily, the building is still owned and managed by the Carnegie Foundation.

For a building that was built as a world court, strangely it does not appear to contain a court room. The Grand Chamber is just a large empty hall, taking up one side-wing of the building. A comparatively modern, simple and gently curved dais has been inserted across the length of the hall and held a long table and seventeen chairs for the judges, but this structure looked temporary, as if it gets taken away and the building used for weddings. The parties to the case were seated on simple stacking chairs arranged in the body of the hall beneath the dais, again looking more like a wedding than a court. Above the judges spread a mighty stained-glass window, of garish colours and rather dubious quality.

I have written of my faith in the International Court of Justice, in its history of impartial judgment and in its system of election by the UN General Assembly. The ICJ has rather unfairly been tarnished by the reputation of its much younger sister the International Criminal Court. The ICC is rightly derided as a Western tool, but that really is not true of the ICJ. On Palestine alone, it has ruled that the Israeli “wall” in the West Bank is illegal and that Israel has no right of self-defence in the territory of which it is the occupying power. It ruled that the UK must decolonise the Chagos Islands, a cause close to my own heart.

There was every reason for those of us opposing the genocide to have travelled hopefully to the Hague.

In addition to the normal fifteen judges of the court, each of the parties to the dispute – South Africa and Israel – had exercised their right to nominate an additional judge. After the judges filed in to the court, proceedings started with these two judges taking an oath of impartiality, which gave us the first Israeli lie of the case before it had even started.

The nomination of Aharon Barak as the Israeli judge on the International Court of Justice is extraordinary, given that as President of Israel’s Supreme Court he refused to implement the ICJ judgment on the illegality of the wall, stating that he knew the facts of the matter better than the ICJ.

Barak has an extremely long history of accepting all forms of repression of Palestinians by the Israeli Defence Force as legal for “national security”, and in particular has repeatedly refused to rule against the longstanding Israeli programme of demolitions of Palestinian homes as collective punishment. That reads across directly to the destruction of civilian infrastructure in Gaza now.

Barak is viewed as a “liberal” in Israel in the constitutional struggle between the judiciary and executive. But that is about the ability of Netanyahu’s corruption to go unchallenged, not about Palestinian rights. By appointing his apparent opponent Barak to the ICJ, Netanyahu has exhibited typical cunning. If Barak rules against Israel, Netanyahu can claim his domestic opponents are traitors to national security. If Barak rules in favour of Israel, Netanyahu can claim Israeli liberals support the destruction of Gaza.

I expect it is the latter claim we shall be seeing.

I was seated in the public gallery, and watching the seventeen judges occupied much of my time throughout the hearing. Acres have been written about which way who will jump. There is a too-easy assumption they will be swayed by their domestic governments. That varies from judge to judge.

The President of the court, Joan Donoghue, is a US State Department, Clinton hack who has never formed an original idea in her life, and I should be astonished if she starts now. I half-expected her strings to actually be visible, emerging from holes in the hall’s magnificent deep relief-panelled wooden ceiling. But others are more puzzling.

There has been no more rabidly anti-Palestinian national elite than that of Germany. Rather than channel feelings of inherited guilt into opposition to genocide in general, they seem to have concluded that they need to promote alternative genocides to make amends. Added to which, the German judge on the ICJ, Nolte, does not come preceded by a liberal reputation. But friends in Munich tell me that Nolte has a particular interest in the law of armed conflict, and is a stickler for intellectual rigour. Their view is that his professional self-esteem will be the key factor, and that only points one way with regard to what the Israeli Defence Force has done so blatantly to the civilian population in Gaza.

On the other hand, there is a Ugandan judge on the ICJ who you might assume would align with South Africa. But Uganda, for reasons which frankly I do not fathom, joined the United States and Israel in opposing Palestine’s membership of the International Criminal Court, on the grounds Palestine is not a real state. Similarly India you might expect to support South Africa as a key member of BRICS. But India also has a Hindu Nationalist government

prone to hideous Islamophobia. I haven't found any evidence of Judge Bhandari's domestic record on inter-communal issues.

But it has been suggested to me that in this case before the World Court now, the UN General Assembly may have shot itself in the foot in replacing a particular British judge with the Indian, an election viewed at the time as a triumph in the UN for the developing world. My point is this: that these questions are very complicated, and much of the analysis I have seen, including from some dear colleagues, has been simplistic mince.





Not only is the Great Hall of Justice not fitted out as a courtroom, for a World Court the public gallery is minuscule. Running along one side of the hall, high enough to kill you if you fell over the balcony edge, it is just two seats deep. Furthermore the fitted theatre-style seats are a hundred years old and in a state of near collapse. Your arse is eight inches off the ground and the seats now tilt so your thighs are four inches off the ground and the whole contraption is throwing you forward and over the edge. Rather than fix the seats, the Carnegie Foundation have fixed a strong cable from wall to wall above the balcony rail, acting in effect as a second rail giving six inches more protection.

With one third of the public gallery screened off to house the audio-visual projection and webcasting facility, there were just 24 available seats in the public gallery. There were us 14 from the queue and the rest were for representatives of key NGOs and UN organisations, such as Human Rights Watch and the World Health Organisation. They were allowed pens, obviously being judged respectable enough not to kill anybody with them. I may in fact

have acquired a pen from one of them at some stage, purely of course to assist them. Or I may not – it is very difficult to know what counts as terrorism these days.

South Africa opened with statements from their Ambassador and their Minister of Justice Ronald Lamola, and they opened with a bang. I rather expected South Africa to start with some soft soap about how much they had condemned Hamas and sympathised with Israel over 7 October, but no. Within the first thirty seconds South Africa had launched both the word “Nakba” and the phrase “apartheid state” at Israel. We had to hang on to our collapsing seats. This was going to be something.

Minister of Justice Lamola came out with the first memorable phrase of the case. Palestinians had suffered “75 years of apartheid, 56 years of occupation, 13 years of blockade”. It was very well done. Before handing over to the legal team, the “agents” of the South African state, in terms of the Court’s statute, were framing the argument. This injustice, and history itself, did not start on October 7.

There was a second important point of framing. South Africa stressed that in order for the request for “provisional measures” to be granted, it did not need at this stage to be proven that Israel was committing genocide. It only had to be shown that actions of Israel were *prima facie* capable of falling as genocide within the terms of the Genocide Convention.

The legal team then led off with Dr. Adila Hassim. She outlined that Israel was in breach of the Genocide Convention Article II a), b), c) and d).

Article II

In the present Convention, genocide means any of the following acts committed with intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group, as such:

- (a) Killing members of the group;
- (b) Causing serious bodily or mental harm to members of the group;
- (c) Deliberately inflicting on the group conditions of life calculated to bring about its physical destruction in whole or in part;
- (d) Imposing measures intended to prevent births within the group;
- (e) Forcibly transferring children of the group to another group.

On a), killing of Palestinians, she outlined the simple facts without embellishment. 23,200 Palestinians were killed, 70% of them women and

children. Over 7,000 were missing presumed dead under the rubble. Over 200 times, Israel had dropped 2,000lb bombs into the very residential areas in southern Gaza into which Palestinians had been ordered to evacuate.

60,000 people were seriously wounded. 355,000 homes had been damaged or destroyed. What could be observed was a substantial pattern of conduct indicating a genocidal intent.

Dr Hassim was notably calm and measured in her words and delivery. But on occasion when detailing atrocities, particularly against children, her voice trembled a little with emotion. The judges, who were generally fidgety (on which much more to follow), looked up and paid closer attention at that.

The next lawyer, Tembeka Ngcukaitobi (only South Africa spoke today) addressed the question of genocidal intent. He had perhaps the easiest task, because he could relate numerous instances of senior Israeli ministers, senior officials and military officers referring to Palestinians as "animals" and calling for their complete destruction and that of Gaza itself, emphasising that there are no innocent Palestinian civilians.

What Ngcukaitobi did particularly well was emphasise the effective transmission of these genocidal ideas from senior government to the troops on the ground, who quoted the same phrases and genocidal ideas in filming themselves committing and justifying atrocities. He emphasises that the Israeli government had ignored its obligation to prevent and act against incitement to genocide in both official and popular culture.

He concentrated particularly on Netanyahu's invocation of the fate of Amalek and the demonstrable effect of that move on the opinions and actions of Israeli soldiers. Israeli ministers, he said, could not now deny the genocidal intent of their plain words. If they did not mean it, they should not have said it.

The venerable and eminent Professor John Dugard, a striking figure in his bright scarlet gown, then addressed questions of jurisdiction of the court and of the status of South Africa to bring the case – it is likely that Israel will rely heavily on technical argument to try to give the judges an escape route. Dugard pointed out the obligations of all state parties under the Genocide Convention to act to prevent Genocide, and the judgment of the court.

Dugard quoted Article VIII of the Genocide Convention and read out in full Paragraph 431 of the court's judgment in Bosnia vs Serbia,

This obviously does not mean that the obligation to prevent genocide only comes into being when perpetration of genocide commences ; that would be absurd, since the whole point of the obligation is to prevent, or attempt to prevent, the occurrence of the act. In fact, a State's obligation to prevent, and the corresponding duty to act, arise

at the instant that the State learns of, or should normally have learned of, the existence of a serious risk that genocide will be committed. From that moment onwards, if the State has available to it means likely to have a deterrent effect on those suspected of preparing genocide, or reasonably suspected of harbouring specific intent (*dolus specialis*), it is under a duty to make such use of these means as the circumstances permit.

I must confess I was very gratified. Dugard's argument was precisely the same, and quoted the exact same passages and paragraphs, as [my article](#) of 7 December explaining why the Genocide Convention should be invoked.

The judges particularly enjoyed Dugard's points, enthusiastically rustling through documents and underlining things. Dealing with thousands of dead children was a bit difficult for them, but give them a nice jurisdictional point and they were in their element.

Next was Professor Max du Plessis, whose particularly straightforward manner and plainness of speech brought a new energy to proceedings. He said that Palestinians were asking the court to protect the most basic of their rights – they had the right to exist.

Palestinians had suffered 50 years of oppression, and Israel had for decades considered itself above and beyond the reach of the law, ignoring both ICJ judgments and security council resolutions. That context is important.

Palestinian individuals have rights to exist protected as members of a group in terms of the Genocide Convention.

South Africa's case was founded on respect for international law and was based on law and on fact. They had taken the decision not to show the court atrocity videos and photos, of which there were many thousands. Their case was of law and fact, they did not need to introduce shock and emotion and turn the court into a theatre.

This was a shrewd blow by Du Plessis. The hearings were originally scheduled for two hours each side. The South Africans had been told, very late, that was increased to three because the Israelis insist on showing their hour long October 7 atrocity video. But in fact the court's guidelines reflect a longstanding resistance to this sort of material which must be used "sparsely". If 23,000 people are dead it does not add intellectual force to show the bodies, and the same is true of the 1,000 dead from 7 October.

Du Plessis concluded that the destruction of Palestine's infrastructure that supports human life, the displacement of 85% of residents into ever smaller areas where they were still bombed – all were plain examples of genocidal intent.

But undoubtedly the highlight of the entire morning was the astonishing presentation by Irish KC Blinne Ni Ghràlaigh. Her job was to demonstrate that if the Court did not order “provisional measures”, then irreparable damage would be done.

There are times when a writer must admit defeat. I cannot adequately convey to you the impression she made in that courtroom. Like the rest of the team she eschewed atrocity porn and set out the simple facts plainly but elegantly. She adopted the ploy used by all the South African team, of not using emotional language herself but quoting at length deeply emotional language from senior UN officials. Her outline of daily deaths by type was devastating.

I simply urge you to listen to her. “Each day over ten Palestinians will have one or more limbs amputated, many without anaesthetic ...”

I should write more now about the court. The South African delegation sat beside their lawyers on the right of the court, the Israeli delegation on their left, each of about 40 people. The South Africans were colourful with South African flag scarves and keffiyehs draped over shoulders. There was a mixture of South Africans and Palestinians, with Deputy Foreign Minister of the Palestinian Authority Amaar Hijazi prominent, which I was glad to see.

The South African delegation was buoyant and mutually supporting, with a lot of inclusive body language and comparative animation. The Israeli delegation was the opposite of animated. It appeared severe and disdainful – it was as though the members were all under instruction to get on with some work and not particularly notice the proceedings were happening at all. They were generally youthful, and I think cocksure would be a fair description. When Blinne was speaking they seemed particularly keen to ensure everyone could see they were not listening.

You would not think from the body language it was Israel that stands accused. In fact the only people in the court whose demeanour was particularly dodgy and guilty were the judges. They absolutely looked like they really did not want to be there. They seemed deeply uncomfortable, fidgeted and fumbled papers a lot, and seldom looked directly at the lawyers speaking.

It occurred to me that the people who really did not want to be in the Court at all were the judges, because it is in fact the judges and the Court itself on trial. The fact of genocide is incontrovertible and had been plainly set out. But several of the judges are desperate to find a way to please the USA and Israel and avoid countering the current Zionist narrative, the adoption of which is necessary to keep your feet comfortably under the table of the elite.

What counts more for them, personal comfort, the urgings of NATO, future wealthy sinecures? Are they prepared to ditch any real notion of international law for those things?

That is the real question before the court. The International Court of Justice is on trial.

During Blinne's talk, the President of the court suddenly took an intense interest in her startling red iPad, the colour of a particularly bright nail varnish. This came out several times during the hearing, and I could never put these iPad appearances together with what had just been discussed – it was not that cases or documents had just been cited to look up, for example.

The final speaker for the South African legal team was Vaughn Lowe, and he had the delicate task of countering Israel's defence, which they have kept secret from the court until it is made. Countering arguments you have not seen yet is a tricky proposition, and for me this was the legal tour de force of the entire morning. Vaughn Lowe's performance was outstanding.

He started by asserting that South Africa did have standing to bring the case, repeating Durand's points about the duty of states to act to prevent genocide under the Genocide Convention. He said there was a dispute in the terms of the Convention, over whether or not genocide had occurred. South Africa had framed this dispute in a series of Diplomatic Notes Verbale sent to the Israeli government and not satisfactorily replied to.

Lowe said it was acknowledged that a series of individual incidents were being investigated by the International Criminal Court as war crimes, but the existence of other crimes did not preclude their being part of a wider genocide. Genocide was a crime which by its nature tends to come along with other war crimes committed in furtherance of the Genocide.

Finally Lowe said that genocide is never justified. It is absolute, a crime in itself. No matter how appalling the atrocities committed by Hamas against Israel or Israeli citizens, a genocidal response was not appropriate and never could be.

Vaughn Lowe stated that South Africa asked for action against Israel and not against Hamas, simply because Hamas was not a state and thus not subject to the jurisdiction of the court. But the fact that the court could not act against Hamas must not prevent it from acting against Israel to prevent the current urgent danger of genocide. Nor must the court be swayed by Israeli offers of voluntary restraint. Israel's failure to acknowledge any wrongdoing whatsoever in its actions in "grinding Gaza into the dust" showed Israel could not be

trusted in any assurances to adjust behaviour, as it believed it had done no wrong.

The session ended with the South African Ambassador reiterating the provisional measures South Africa now wished the court to impose. These are:

(1) The State of Israel shall immediately suspend its military operations in and against Gaza.

(2) The State of Israel shall ensure that any military or irregular armed units which may be directed, supported or influenced by it, as well as any organisations and persons which may be subject to its control, direction or influence, take no steps in furtherance of the military operations referred to point (1) above.

(3) The Republic of South Africa and the State of Israel shall each, in accordance with their obligations under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, in relation to the Palestinian people, take all reasonable measures within their power to prevent genocide.

(4) The State of Israel shall, in accordance with its obligations under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, in relation to the Palestinian people as group protected by the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, desist from the commission of any and all acts within the scope of Article II of the Convention, in particular:

(a) killing members of the group;
(b) causing serious bodily or mental harm to the members of the group;
(c) deliberately inflicting on the group conditions of life calculated to bring about its physical destruction in whole or in part; and
(d) imposing measures intended to prevent births within the group.

(5) The State of Israel shall, pursuant to point (4)(c) above, in relation to Palestinians, desist from, and take all measures within its power including the rescinding of relevant orders, of restrictions and/or of prohibitions to prevent:

(a) the expulsion and forced displacement from their homes;
(b) the deprivation of:
(i) access to adequate food and water;
(ii) access to humanitarian assistance, including access to adequate fuel, shelter, clothes, hygiene and sanitation;
(iii) medical supplies and assistance; and
(c) the destruction of Palestinian life in Gaza.

(6) The State of Israel shall, in relation to Palestinians, ensure that its military, as well as any irregular armed units or individuals which may be directed,

supported or otherwise influenced by it and any organizations and persons which may be subject to its control, direction or influence, do not commit any acts described in (4) and (5) above, or engage in direct and public incitement to commit genocide, conspiracy to commit genocide, attempt to commit genocide, or complicity in genocide, and insofar as they do engage therein, that steps are taken towards their punishment pursuant to Articles I, II, III and IV of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide.

(7) The State of Israel shall take effective measures to prevent the destruction and ensure the preservation of evidence related to allegations of acts within the scope of Article II of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide; to that end, the State of Israel shall not act to deny or otherwise restrict access by fact-finding missions, international mandates and other bodies to Gaza to assist in ensuring the preservation and retention of said evidence.

(8) The State of Israel shall submit a report to the Court on all measures taken to give effect to this Order within one week, as from the date of this Order, and thereafter at such regular intervals as the Court shall order, until a final decision on the case is rendered by the Court.

(9) The State of Israel shall refrain from any action and shall ensure that no action is taken which might aggravate or extend the dispute before the Court or make it more difficult to resolve it.

With that, we closed the argument. Next, Israel responds.

Forgive me for pointing out that my ability to provide this coverage is entirely dependent on your kind voluntary subscriptions which keep this blog going. This post is free for anybody to reproduce or republish, including in translation. You are still very welcome to read without subscribing.

Unlike our adversaries including the Integrity Initiative, the 77th Brigade, Bellingcat, the Atlantic Council and hundreds of other warmongering propaganda operations, this blog has no source of state, corporate or institutional finance whatsoever. It runs entirely on voluntary subscriptions from its readers – many of whom do not necessarily agree with every article, but welcome the alternative voice, insider information and debate.

Subscriptions to keep this blog going are [gratefully received](#).

Choose subscription amount from dropdown box:

PayPal address for one-off donations: craigmurray1710@btinternet.com

Alternatively by bank transfer or standing order:

Account name

MURRAY CJ

Account number 3 2 1 5 0 9 6 2

Sort code 6 0 – 4 0 – 0 5

IBAN GB98NWBK60400532150962

BIC NWBKGB2L

Bank address Natwest, PO Box 414, 38 Strand, London, WC2H 5JB

Bitcoin: bc1q3sdm60rshynxtvfnkhhqjn83vk3e3nyw78cjx9

Ethereum/ERC-20: 0x764a6054783e86C321Cb8208442477d24834861a

Liked this article? Please share using the links below. Then [View All Latest Posts](#)

- [Tweet](#)
- [Share 0](#)
- [Reddit](#)
- [Pocket](#)
- [LinkedIn 0](#)
- [Email](#)

Allowed HTML - you can use: <abbr title=""> <acronym title=""> <blockquote cite=""> <cite> <code> <del datetime=""> <i> <q cite=""> <s> <strike>